

Heimische Abgeordnete reagieren auf Konjunkturpaket

Oppositionspolitiker kritisieren eine falsche Prioritätensetzung der Bundesregierung

VON FLORIAN QUANZ

Berlin – Die Große Koalition hat sich diese Woche auf ein riesiges Konjunkturpaket für dieses sowie das kommende Jahr verständigt. Es hat ein Volumen von 130 Milliarden Euro. Der Bund soll davon 120 Milliarden Euro tragen. Wir haben unsere heimischen Bundestagsabgeordneten um eine Stellungnahme gebeten. Dabei sollten sie den Halbsatz „**Am Konjunkturpaket bemängle ich ...**“ ergänzen. Hier die am Freitag erhaltenen Antworten, unterteilt in Regierungskoalition und Opposition:

■ Regierungskoalition

Dr. Roy Kühne (CDU/Wahlkreis Goslar-Northeim-Osterode):

„... ,dass der Bürokratieaufwand verbunden mit der Mehrwertsteuersenkung sehr hoch ist und damit auch die Kosten in Hinblick auf die Umstellung der Kassensysteme, die Buchhaltung und sonstigen Verwaltungsaufwand für viele steigen. Grundsätzlich handelt es sich aber um ein Konjunkturpaket mit beispiellosem Umfang, das deutlich zeigt, dass wir auf vielen Ebenen versuchen, die Menschen in dieser Pandemie bestmöglich zu unterstützen.“

Timon Gremmels (SPD/Wahlkreis Kassel): „...kaum etwas.

Als Energiepolitiker freut mich die Senkung der EEG-Umlage auf 6,5 Cent 2021 und auf 6 Cent 2022 besonders. Das entlastet Privathaushalte und Wirtschaft gleichermaßen.“

Fritz Güntzler (CDU/Wahlkreis Göttingen): „...im Grundsatz nichts. Natürlich hätte ich mir einzelne Punkte auch anders vorstellen können. Aber das ist ein echtes Kraftpaket, auch mit einem umfassenden Zukunftsplan für unser Land. Die beschlossenen Hilfen sind sehr breit angelegt und sorgen dafür, dass viele Menschen davon profitieren werden.“

Esther Dilcher (SPD/Wahlkreis Waldeck): „... nichts. Ich freue mich, dass sich im Konjunkturpaket so viele Vorschläge der SPD-Fraktion wiederfinden.“

Johannes Schraps (SPD/Wahlkreis Hameln-Pyrmont-Holzminden): „...gar nichts. Besonders freue ich mich für die Kommunen, die stark entlastet werden. Städte und Gemeinden können wieder investieren.“

Dr. Edgar Franke (SPD/Wahlkreis Schwalm-Eder): „... so gut wie nichts. Ich halte es für ausgewogen, es setzt ökologisch notwendige Anreize. Man hätte in diesem Sinne



Kritisiert die „blinde“ Senkung der Mehrwertsteuer: Grünen-Politiker Jürgen Trittin. FOTO: MACDOUGALL/AFP

aber auch eine Kaufprämie für Autos mit Verbrennungsmotoren mit wesentlich geringeren Schadstoffwerten aufnehmen können, um den Strukturwandel in der Automobilindustrie zu unterstützen.“

■ Opposition

Jürgen Trittin (Bündnis 90/Die Grünen/Wahlkreis Göttingen): „... ,dass anstelle der richtigen Idee den Kinderbonus auszubauen, blind die Mehrwert-

steuer gesenkt wurde. Gut ist, dass Abwrackprämie und Steuererleichterungen für Besserverdienende außen vor bleiben.“

Jens Kestner (AfD/Wahlkreis Goslar-Northeim-Osterode):

„... ,dass es keine Bazooka mit Wumms ist, sondern historisch misslungen und damit nur plumps statt Wumms.“

Konstantin Kuhle (FDP/Wahlkreis Göttingen): „... ,dass die

Bundesregierung damit keinerlei Hilfsangebote für Selbstständige auf den Weg bringt.“

Bettina Hoffmann (Bündnis 90/Die Grünen/Wahlkreis Schwalm-Eder): „... ,dass eine Entwicklung der Wirtschaft Richtung Nachhaltigkeit nicht im Zentrum steht: Ressourceneffizienz, Kreislaufwirtschaft, Recycling – all das wird nicht gefördert.“

Jan Nolte (AfD/Wahlkreis Waldeck): „... ,dass die Mehrwertsteuersenkung nur temporär sein wird und das die EEG-Umlage nur gekürzt und nicht abgeschafft wird. Wer die Konjunktur ankurbeln will, muss außerdem dringend die Maskenpflicht abschaffen, welche die Kunden vom Einzelhandel fern hält.“

Sabine Leidig (Die Linke/Wahlkreis Werra-Meißner/Hersfeld-Rotenburg): „... ,dass es für arme Menschen keine Unterstützung gibt und für versorgungsrelevante Berufsgruppen nicht mehr als Applaus. Außerdem ist viel zu wenig ökologische Gerechtigkeit drin.“

Albrecht Glaser (AfD/Wahlkreis Schwalm-Eder): „... ,dass Umsatzsteuersenkungen für kurze Zeit, Geldverteilung an Gruppen von Bürgern, EEG-Abgabe-Senkung bei gleich-

zeitiger Ersatzfinanzierung aus Steuermitteln u.v.a.m. alle auf Nachfrageanreize setzen, deren es nicht bedarf, statt durch nachhaltige Entlastung bei den Ertragsteuern die Wiederbelebung und Gesundung von Unternehmen zu fördern.“

Jutta Krellmann (Die Linke/Wahlkreis Hameln-Pyrmont-Holzminden): „... ,dass die Senkung der Mehrwertsteuer nicht bei denen ankommt, die sie brauchen, so wird zu viel Geld mit der Gießkanne verteilt. Ich fordere zur Stärkung der Binnennachfrage ein Soli für Arme.“

Armin Paulus-Hampel (AfD/Wahlkreis Hameln-Pyrmont-Holzminden): „... ,dass dieses durch eine völlig verfehlte Corona-Politik der Bundesregierung erst notwendig wurde und kaum einen Kurzarbeiter, einen umsatzgeschwächten Einzelhändler oder einen kurz vor der Insolvenz stehenden Gastronom trotz Prämienzahlung zum Kauf eines Neuwagens animieren wird (zur Anschaffung eines E-Mobils schon gar nicht). Die 300 Euro pro Kind an ca. 600 000 Kinder mit ausländischen Wurzeln werden eher den Umsatz des Bargeldtransporteurs Western Union zu neuem Rekordhoch treiben, als den inländischen Konsum steigern.“